



DEUTSCHE HÄMOPHILIEGESELLSCHAFT
zur Bekämpfung von Blutungskrankheiten e.V.



Pressemitteilung der Deutschen Hämophiliegesellschaft e.V. und des Verbands der Opfer des Blutskandals e.V. (VOB), 29. Mai 2024

Gerechtigkeit für die Vergessenen des Blutskandals – auch in Deutschland! HCV-Impulsveranstaltung am 5. Juni in Berlin

Mit großem Medienecho hat sich vor einer guten Woche der britische Premierminister Rishi Sunak bei den Opfern des Blutskandals seines Landes für die „furchtbare Ungerechtigkeit“ entschuldigt und umfangreiche Entschädigungszahlungen in Aussicht gestellt. In Deutschland wurde den durch verseuchte Blutprodukte mit Hepatitis C-Infizierten bislang jegliche Anerkennung verweigert. Die Betroffenenverbände kämpfen dafür, dass sich das endlich ändert.

In den 70er- und 80er-Jahren kam es durch verunreinigte Gerinnungspräparate zu massenhaften HIV- und Hepatitis C (HCV)-Infektionen unter Blutern. Sie wurden unverschuldet und unwissentlich durch ein Medikament geschädigt, das sie vor Blutungen schützen sollte. Bereits 1994 bestätigte ein Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, dass das Fehlverhalten staatlicher Behörden zur HCV-Infektion von mehr als 3.000 Hämophilen (Blutern) beigetragen hat. Doch bis zum heutigen Tag haben diese Betroffenen in Deutschland – anders als in vielen anderen Ländern – keinerlei Entschädigung erhalten.

Die Zeit drängt: Durch HCV-Infektionen hervorgerufene Lebererkrankungen sind mittlerweile die häufigste Todesursache unter Hämophilen. Die Deutsche Hämophiliegesellschaft e.V. (DHG) und der Verband der Opfer des Blutskandals e.V. (VOB) machen sich gemeinsam dafür stark, dass die Politik sich endlich zu ihrer Verantwortung bekennt und die Betroffenen nicht länger mit leeren Worten hinhält.

Juristische Unterstützung zur Umsetzung der Ansprüche leistet die Rechtsanwältin Karin Buder, die bereits im Zusammenhang mit den Contergangeschädigten bekannt ist. Sie hat sich nun mit einem Schreiben an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach gewandt.

Am Mittwoch, 5. Juni 2024, laden DHG und VOB zu einem politischen Abendessen in Berlin ein, bei dem neben dem informativen Teil der Austausch zwischen Betroffenen und Politik im Vordergrund stehen soll. Politiker aus Regierungs- wie Oppositionsparteien haben ihre Unterstützung zugesagt, namentlich Martina Stamm-Fibich (SPD), Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen), Linda Heitmann (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Andrew Ullmann (FDP), Stephan Pilsinger (CDU/CSU) und Kathrin Vogler (Die Linke).

Wir laden Sie herzlich ein, an unserer Veranstaltung teilzunehmen und darüber zu berichten. Das ZDF hat bereits sein Kommen angekündigt. Auch unabhängig von der Veranstaltung freuen wir uns über Ihre Berichtserstattung zu unserem Anliegen.

Zur Anmeldung für den 5. Juni oder bei weiteren Fragen und Informationswünschen wenden Sie sich bitte an die DHG-Geschäftsstelle: 040 / 672 29 70, dhg@dhg.de